

Delegation für die Beziehungen zu den
Vereinigten Staaten
- Der Vorsitzende -

Herrn Elmar BROK
Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige
Angelegenheiten, Sicherheit und
Verteidigungspolitik
Europäisches Parlament
Rue Wiertz
1047 BRÜSSEL (Belgien)

Betrifft: 59. Interparlamentarisches Treffen zwischen dem Europäischen Parlament und dem Kongress der Vereinigten Staaten sowie Transatlantischer Dialog der Gesetzgeber (TLD) in Washington vom 24.-28. Juni 2005

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

hiermit übersende ich Ihnen den Bericht des 59. Interparlamentarischen Treffens zwischen dem Europäischen Parlament und dem Kongress der Vereinigten Staaten sowie des Transatlantischen Dialogs der Gesetzgeber (TLD), die vom 24.-28. Juni 2005 in Washington stattfanden.

Für weitere Informationen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

Hochachtungsvoll

Jonathan Evans

EUROPÄISCHES PARLAMENT

DELEGATION FÜR DIE BEZIEHUNGEN ZU DEN VEREINIGTEN STAATEN

Bericht

Transatlantischer Dialog der Gesetzgeber

59. Interparlamentarisches Treffen EP/Kongress der Vereinigten Staaten

24.-28. Juni 2005

Washington D.C.

Der regelmäßige parlamentarische Austausch mit dem Abgeordnetenhaus fand vom 24. bis 27. Juni in Washington statt; am 28. Juni traf sich die Delegation mit den Senatoren George Allen (Vorsitzender, Unterausschuss für Europa des Ausschusses für auswärtige Beziehungen) und Bob Bennett. Weitere Treffen fanden u. a. mit dem stellvertretenden Außenminister Robert Zoellik sowie mit hochrangigen Vertretern des Nationalen Sicherheitsrats, des Amts des Handelsbeauftragten der Vereinigten Staaten sowie der Börsenaufsichtsbehörde statt.

Die Delegation nahm am 27. Juni an einem speziellen „TLD-Workshop“ zu Privatsphäre und Datenschutz teil, der in Zusammenarbeit mit dem Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des Parlaments organisiert wurde.

Die Kommission und der Vorsitz des Rates der Europäischen Union unterstützten die Delegation durch Briefings und Einladungen.

1. SITZUNG - 25. JUNI - 9.00–12.30 UHR

Die *Delegation des EP* teilte ihre Bewertung **des Gipfels, der Transatlantischen Partnerschaft und des TLD** mit: Der Gipfel habe nach der Europareise des Präsidenten im Februar ein positives, klares politisches Signal gesetzt. Das Engagement der Vereinigten Staaten für ein starkes Europa sei bekräftigt worden. In den Bereichen Handel und Wirtschaft seien möglicherweise weniger Fortschritte zu verzeichnen: Beispielsweise müsse der Zusammenarbeit im Bereich der Regulierung mehr Bedeutung beigemessen werden. Zwar sei beim Gipfel ein „Regulierungsforum“ eingerichtet worden, doch sei nicht klar, wie es arbeiten und mit den Abgeordneten interagieren würde.

Im Großen und Ganzen müsse betont werden, dass Europa nicht „vom Kurs abgekommen“ sei: Mitteleuropa feiere 15 Jahre Demokratie und sei der Union erfolgreich beigetreten, doch müssten sich Osteuropa, der Balkan, der Kaukasus, der Nahe Osten, der Mittelmeerraum, Zentralasien und Afrika anderen Herausforderungen stellen. Einige „eingefrorene lokale Konflikte“ könnten jederzeit wieder aufbrechen (z. B. Berg-Karabach, Transnistrien); hier müssten gemeinsame Vorgehensweisen entwickelt werden. Die Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus müsse auf der Grundlage eines vermehrten Erkenntnisaustauschs und einer besseren Verständigung zwischen den Polizeikräften und der Justiz verstärkt werden.

Für den Bereich der Wirtschaft stellte die Delegation fest, dass wir, obwohl kein klarer zeitlicher Rahmen für die Beseitigung noch bestehender Hürden im transatlantischen Markt vereinbart

worden sei, eine „bemerkenswerte Wirtschaftsbeziehung“ hätten. Ferner sollten Kanada und später das zentralamerikanische Freihandelsabkommen CAFTA in die transatlantische Dimension einbezogen werden; mehr Aufmerksamkeit müsse dem Bereich des geistigen Eigentums sowie dem Kampf gegen Produkt- und Markenpiraterie geschenkt werden.

Auch stelle die aus den Gipfel-Erklärungen hervorgehende Ermutigung, die TLD-Tätigkeiten zu stärken, ein wichtiges politisches Signal dar.

Die *US-Delegation* stellte fest, dass durch den Gipfel viele Probleme „in den Blickpunkt gerückt“ worden seien und sich beide Seiten in jenen Bereichen, in denen gemeinsame Standpunkte erarbeitet worden seien, auf die Umsetzung neuer Maßnahmen konzentrieren sollten. Die Auswirkungen der Referenden in Frankreich und den Niederlanden dürften nicht unterschätzt werden und entsprächen einem Gefühl der allgemeinen Unzufriedenheit in der Öffentlichkeit; nichtsdestotrotz sei die EU-Erweiterung nach Osten (und insbesondere zur Türkei) eine klare politische Notwendigkeit.

Zwar treffe es zu, dass kein fester Zeitplan zur Vollendung des transatlantischen Markts aufgestellt worden sei, doch könne eine entschlossene Führung wichtige Ergebnisse erzielen. Mehr Aufmerksamkeit müsse Themen im Zusammenhang mit geistigem Eigentum gewidmet werden (z. B. durch die Erarbeitung einer gemeinsamen Vorgehensweise bezüglich China): Die Vereinigten Staaten und die EU liefen Gefahr, mittelfristig ihre industrielle Grundlage zu verlieren.

In multilateralen Institutionen (wie der WTO) sollten insbesondere im Hinblick auf eine Neuauflage der Doha-Runde gemeinsame Anstrengungen unternommen werden; unser Dialog sollte vor allem auf Kanada ausgeweitet werden und auf die Förderung des globalen Wirtschaftswachstums abzielen.

Die Zusammenarbeit zwischen den demokratischen Ländern sei auch im Kampf gegen den Terror von essenzieller Bedeutung, wo eine „breite Koalition von Staaten“ angestrebt werden sollte.

Im Hinblick auf die **Lage im Irak** bestand die *europäische Seite* darauf, dass ein offener Austausch von höchster Wichtigkeit sei; Kritik dürfe nicht als anti-amerikanisch verstanden werden. Die Ergebnisse der Konferenz in Brüssel seien äußerst positiv. Dazu gehörten eine Vision der wirtschaftlichen Erholung des Irak sowie Koordinationsleitlinien für die wichtigen Beiträge, die in Vorbereitung seien.

Ungeachtet der Meinungsverschiedenheiten in der Vergangenheit sei es wichtig, dass die EU und die Vereinigten Staaten nun gemeinsam handelten und in den Bereichen des wirtschaftlichen Wiederaufbaus und Erkenntnisaustauschs zusammenarbeiten würden. In mehreren europäischen Staaten habe es in jüngerer Zeit Diktaturen gegeben; auch seien von dort aus (bis in die jüngste Vergangenheit) Weltreiche regiert worden. Unsere Erfahrungen seien daher hinsichtlich des Umgangs mit einer Situation wichtig, die sich nicht günstig entwickle. Das Guantanamo-Problem schädige die Glaubwürdigkeit der Vereinigten Staaten; der „Kampf um Herzen und Köpfe“ habe in Wirklichkeit nie stattgefunden.

Die *US-Delegation* bezeichnete die gegenwärtige Empörung als in ihrem Wesen „nihilistisch“; es gebe keine vernünftige Alternative zur Demokratie.

Das Problem der transatlantischen Beziehungen sei „das als Unilateralismus empfundene Handeln“ der Vereinigten Staaten gewesen. Wie könnten jetzt die von Skandalen gebeutelten Vereinten Nationen die Führung in Irak übernehmen? Zwar sei es möglich, „gute, berechtigte Kritik“ an der US-Politik zu üben, doch gebe es „dort draußen“ auch sehr viel anti-amerikanische Propaganda. Tatsächlich habe es in Guantanamo nur wenige Menschenrechtsverletzungen gegeben, die derzeit untersucht würden.

Im Kongress sei man sich bei Themen wie dem möglichen Zeitpunkt für den Rückzug des US-Militärs uneins. Auch seien die Kenntnisse über den Islam sowie die Rolle der Schiiten bzw. Sunniten gering.

Hinsichtlich des **Nahen Ostens** betonte die *europäische Seite* die Dringlichkeit einer Wiederaufnahme des Friedensplans (Roadmap); die EU sei ein unverzichtbarer Partner und habe im Rahmen des Barcelona-Prozesses einen zehnjährigen Dialog mit dem Mittelmeerraum geführt. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und verantwortungsbewusstes Regieren müssten gefördert und den Ländern in dieser Region Anreize geboten werden. Der Standpunkt der Vereinigten Staaten, die Mittel für jene Länder zu kürzen, die keine Artikel-98-Abkommen über die Ausnahme von der Gerichtsbarkeit des IStGH abschließen, wurde von vielen Abgeordneten kritisiert.

Die *US-Delegation* vertrat die Ansicht, dass es „Licht am Ende des Tunnels“ gebe. Man sei sich einig, dass eine Zwei-Staaten-Lösung angestrebt werden müsse, doch müsse die Palästinensische Behörde ihren Verpflichtungen nachkommen. Wenn die Milizen nicht aufgelöst würden, würden sie im Friedensprozess ein Vetorecht haben. Die Vereinigten Staaten unterstützten den Barcelona-Prozess und beabsichtigten, mit zahlreichen Staaten in dieser Region über Freihandelsabkommen auszuhandeln, darunter Jordanien, Bahrain, die VAE, Oman, Ägypten und Marokko. Im Hinblick auf das IStGH hätten die Vereinigten Staaten das alleinige Recht, über die Verwendung der Gelder des US-Steuerzahlers zu entscheiden.

2. SITZUNG - 25. JUNI - 13.30–16.30 UHR

Die *europäische Delegation* unterstrich die enge Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und der EU bei der **Nichtverbreitung von Kernwaffen** und im Kampf gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen.

Im Hinblick auf Iran habe die EU ein Paket von Anreizen vorgelegt und hoffe auf die Fortführung des intensiven Dialogs mit den iranischen Behörden. Sollten diese Bemühungen fehlschlagen, müsse die Angelegenheit an den Sicherheitsrat herangetragen werden. Ein absichtlich herbeigeführter Regimewechsel stünde jedoch außer Frage.

Hinsichtlich des Waffenembargos gegen China müsse betont werden, dass das Parlament gegen eine Aufhebung des Embargos sei, wenn keine Verbesserung der Lage der Menschenrechte in China zu verzeichnen sei: Diese Information solle jenseits des Atlantik verbreitet werden. Es sei jedoch schwierig nachzuvollziehen, wie das Embargo zum Härtestest für das transatlantische Bündnis werden können, da Australien sein Embargo bereits 1992 aufgehoben hatte, ohne dass dies in den Vereinigten Staaten zu Protesten geführt hätte; ferner würden seit 1998 ein Verhaltenskodex für Waffenausfuhren und eine Verordnung für Güter mit doppeltem Verwendungszweck gelten.

Abgeordnete des Europäischen Parlaments sprachen auch die Sicherheit auf dem Balkan und die Zukunft des Kosovo an. Für dieses Probleme gebe es keine einfache Lösung, und die Gründung weiterer auf Ethnien beruhender Länder „führe geradewegs in die Katastrophe“. Die beste Lösung sei die Integration (letztendlich in die EU).

Die *US-Delegation* vertrat die Ansicht, dass die Spannungen an der Taiwan-Straße in den letzten Jahren bedeutend zugenommen hätten, nachdem China insbesondere von Russland in erheblichem Umfang Waffen erworben habe. Gleichzeitig sei China nach wie vor ein „vollkommen kommunistisches Land“, und die Lage der Menschenrechte habe sich nicht gebessert. Wie im Nahen Osten „müsse der Mann auf der Straße die Veränderung spüren“, und es müssten demokratische Institutionen geschaffen werden.

Die US-Seite lobte die Haltung des Parlaments gegenüber dem Embargo, doch sollten auch im Hinblick auf Nordkorea und Iran koordinierte Bemühungen unternommen werden. Der NVV sei gescheitert, und nun strebe eine Reihe von Ländern nach der Kontrolle des vollständigen Brennstoffkreislaufs, so dass sie kurz davor seien, Kernwaffen herstellen zu können. Die EU und die Vereinigten Staaten sollten gemeinsam ein System wie das ILSA (Sanktionsgesetz gegen Iran und Libyen) entwickeln, damit dies nicht geschieht.

Im Hinblick auf den Balkan sei es nicht möglich, allerorts die Selbstbestimmung durchzusetzen, mit Ausnahme des Kosovo und Montenegros.

Zur **VN-Reform** führte die *europäische Delegation* an, dass Fortschritte bei der kollektiven Sicherheit (Kriterien für die Anwendung von Gewalt, Definition von Terrorismus) sowie bei institutionellen Aspekten (Dezentralisierung der Institutionen, Stärkung der Generalversammlung, Koordinierung von Wirtschafts- und Sozialrat und internationalen Finanzinstitutionen, Einrichtung eines Rates für Menschenrechte, Reform von UNICEF) notwendig seien. Das Europäische Parlament sprach sich für einen Sitz der EU im Sicherheitsrat aus, doch würden die Bedingungen gegenwärtig nicht erfüllt.

Obwohl es notwendig sei, dass der NATO wieder mehr politische Bedeutung verliehen werde, sei dies nicht das einzige Mittel einer strategischen Politik in der transatlantischen Beziehung. Eine andere Möglichkeit sei eine stärkere Partnerschaft, eventuell auf der Grundlage eines transatlantischen Abkommens.

Die *US-Delegation* rief in Erinnerung, dass das System der Vereinten Nationen auf Initiative der Vereinigten Staaten errichtet worden sei. Die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten begrüße die Reform zwischenzeitlich sehr, und das Hyde-Lantos-Gesetz sei mit dem Ziel erarbeitet worden, das System „wieder auf Kurs“ zu bringen. Korruption, Vettern- und Günstlingswirtschaft müssten ein Ende haben; das Gesetz definiere eine Reihe von erreichbaren Kriterien. Man müsse sich auf die Praxis konzentrieren und die vorhandenen Mittel sinnvoll verwenden.

Den Vereinten Nationen fehle es an Glaubwürdigkeit, und ihre Rechtmäßigkeit sei nicht ausreichend begründet. Die Vereinigten Staaten wehrten sich gegen die Ansicht, sie stünden „moralisch auf gleicher Stufe“ mit Korea. Ferner akzeptierten die Vereinigten Staaten nicht, dass der Sicherheitsrat ein Vetorecht über ihre Verteidigung ausüben könnte.

3. SITZUNG - 26. JUNI - 11.00–14.00 UHR

Im Hinblick auf die **jüngsten wirtschaftlichen Entwicklungen in der EU und den Vereinigten Staaten** wies die *europäische Delegation* darauf hin, dass in der Lissabon-Agenda Leitlinien für die wirtschaftliche Entwicklung in der EU festgelegt worden seien. Oberste Priorität hätten die Verringerung der Arbeitslosigkeit durch die Schaffung von 20 Millionen neuer Arbeitsplätze sowie die Auseinandersetzung mit der „alternden Gesellschaft“.

Die Volkswirtschaften der EU und der Vereinigten Staaten würden sich gegenseitig stark durchdringen und sollten eine gemeinsame globale Führung ausüben. Um die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, sollten Ideen und bewährte Praktiken ausgetauscht, Anreize für KMUs geschaffen und persönliche Beziehungen ausgebaut werden. Beide Seiten sollten angesichts des WTO-Ministertreffens in Hongkong an die Notwendigkeit denken, Fortschritte bei den Singapur-Angelegenheiten zu erzielen (insbesondere in den Bereichen Wettbewerb und Handelserleichterungen).

Die Volkswirtschaften sollten sich jedoch durch die Verbesserung der Lebensqualität nachhaltig entwickeln. Protektionismus sei keine Lösung; Barrieren müssten verringert werden, auch wenn dies bedeuten würde, „in den sauren Apfel zu beißen“ und mit der Umstrukturierung der Wirtschaft zu beginnen. Der Euro habe die europäischen Finanzmärkte vor Spekulationen bewahrt, doch habe das doppelte US-Defizit zu Instabilität geführt.

Die *US-Delegation* betonte, dass die Vereinigten Staaten Exportweltmeister seien und die US-Wirtschaft, abgesehen von wenigen Übergangsmaßnahmen (etwa für Stahl), offen sei.

Es sei jedoch erforderlich, eine industrielle Grundlage zu bewahren, wenn auch nur für Zwecke der nationalen Sicherheit; dies rechtfertige bestimmte Gesetze über den Erwerb amerikanischer Produkte (BAAs). Schlüsselindustrien, etwa Werkzeugmaschinen, gebe es in den Vereinigten Staaten praktisch nicht mehr, was nicht ohne Folgen für den technologischen Fortschritt geblieben sei.

Das Haushaltsdefizit sei etwas geringer, eine Steuerreform sei in Vorbereitung. Die US-Seite zeigte reges Interesse an den europäischen Erfahrungen auf diesem Gebiet und würde Rückmeldungen begrüßen. Die Schwäche des US-Dollars habe positive Auswirkungen auf den Handel gezeitigt, könnte jedoch einen Schatten auf seine Zukunft als Reservewährung werfen.

Zum **transatlantischen Markt** stellte die *US-Delegation* fest, dass zahlreiche alternative Vorgehensweisen in den Raum gestellt worden seien, um die Vollendung einer „TAFTA“ (Transatlantische Freihandelszone) voranzubringen. Mit dem Sarbanes-Oxley-Gesetz sei ein bedeutender Fortschritt im Bereich der Finanzdienstleistungen erzielt worden. Nun beschäftige man sich mit regulatorischer Konvergenz sowie Maßnahmen für internationale Rechnungslegungsstandards (IAS). Die zwei Hauptvorgehensweisen (regulatorische Konvergenz und gegenseitige Anerkennung) würden jedoch noch geprüft. Einige Mitglieder der US-Delegation waren der Ansicht, dass es in der US-Wirtschaftspolitik eine produktionsfeindliche Tendenz gebe und dass der US-Kongress Schwierigkeiten habe, Zugang zu seiner wirtschaftlichen Grundlage zu finden; die Situation in der EU wurde als unterschiedlich und industriellen Aktivitäten gegenüber aufgeschlossener wahrgenommen.

Die *europäische Delegation* betonte die durch den transatlantischen Markt gebotenen wirtschaftlichen Möglichkeiten. Das Wachstum in den Vereinigten Staaten sei stärker als in Europa, wo strukturelle Reformen politisch umstritten seien und sich sogar auf die jüngsten Referenden ausgewirkt hätten. Der Fortschritt bei der Integration der Kapitalmärkte sei im Interesse der Vereinigten Staaten, die sehr vom Zugang zu Kapital zu günstigen Konditionen abhängig seien. Im Hinblick auf die Finanzdienstleistungen sollte der Fortschritt durch einen Dialog auf der Grundlage von Konvergenz und Äquivalenz erzielt werden, doch sei es nicht realistisch zu erwarten, dass es ein einziges Bündel akzeptierter Rechnungslegungsstandards in den Vereinigten Staaten und dem Rest der Welt gebe.

In Bereichen wie der Rückversicherung sei der US-Markt selbst fragmentiert, da die Behörden der 50 Bundesstaaten an seiner Regulierung mitwirkten und durch die Vermögensanforderungen die EU-Unternehmen diskriminierten.

Das Internet habe vieles verändert, und die Betrugsproblematik sei auf beiden Seiten des Atlantiks vergleichbar. Ein gemeinsamer Rahmen (auf der Grundlage minimaler Regulierung) müsse ausgearbeitet werden. Besondere Aufmerksamkeit müsse der „Vorbereitung der nächsten Dekade“ im Hinblick auf die Kontakte zwischen jungen Berufstätigen und Studierenden geschenkt werden; auch könnten Erfahrungen im Bereich der Systeme für Studiendarlehen ausgetauscht werden.

Im Hinblick auf Themen der **bilateralen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen** stellte die *europäische Delegation* fest, dass die EU-US-Wirtschaftsbeziehungen äußerst erfolgreich seien.

Ferner hätten rund 40 Mio. Arbeitnehmer auf beiden Seiten des Atlantiks Arbeitsplätze, die wechselseitig ins Inland verlagert worden seien. Diese Beziehung werde durch einen Handelsstreit beeinträchtigt, der nur etwa 1-2 % des Gesamthandels ausmache.

Die Airbus/Boeing-Diskussionen seien äußerst kostspielig, und letztendlich werde die Zukunft der Luftfahrt von der WTO entschieden. Es läge eindeutig im Interesse beider Seiten, eine Verhandlungslösung zu finden, doch hätten sich die Positionen unglücklicherweise verhärtet; ferner sei man ernsthaft besorgt, dass sich der Streit auf andere Bereiche ausweiten, das allgemeine Handelsklima vergiften und von den Bemühungen einer Neuauflage der Doha-Runde ablenken könne.

Die europäische Seite führte außerdem Fälle an, in denen die Vereinigten Staaten den Entscheidungen der WTO noch nicht nachgekommen seien, beispielsweise die FSC (Foreign Sales Corporation), die Byrd-Gesetzesänderung, irische Volksmusik, US-Antidumping-Zölle für Stahl und den Havana-Club.

Die *US-Delegation* betonte, dass viele Bemühungen durch bilaterale Diskussionen vergeudet worden seien. Im Hinblick auf Boeing/Airbus seien die Vergünstigungen für Boeing Nebenprodukte des Verteidigungshaushalts, während Airbus direkte Subventionen erhalte. Vielleicht sollte sich die EU stärker der Luftverteidigung widmen. In Bezug auf FSC/ETI hätten die Vereinigten Staaten bereits „Bemühungen in gutem Glauben“ unternommen, um den Forderungen nachzukommen, und würden dies auch weiterhin tun; bei der Problematik handele es sich jedoch um eine Frage der Besteuerung, nicht der Subventionen. An der Byrd-Gesetzesänderung werde der Kongress berechnete Kritik üben. Im Hinblick auf die Antidumping-Gesetzgebung sollten die Vereinigten Staaten und die EU die Initiative zur Rationalisierung ergreifen, ohne auf die WTO zu warten. Bezüglich des REACH-Systems könne man festhalten, dass die EU sich einer zu starken Regulierung unterwerfe.

Im Hinblick auf **Themen der multilateralen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen** nannte die *europäische Delegation* die Hauptelemente der GAP-Reform, durch die die Produktion nun in vielen Bereichen unterhalb des Binnenverbrauchs läge; dies sei beispielsweise beim Fleisch der Fall. Die Umsetzung des neuen Rahmens für die Genehmigung genetisch veränderter Produkte ginge jedoch langsam vonstatten, und auch die Vorbereitungen für die Konferenz in Hongkong gingen in der EU nur sehr schleppend voran. In Hongkong würde viel auf dem Spiel stehen und Themen wie die Baumwollsubventionen könnten sich erneut als kontraproduktiv herausstellen. Der US-Kongress möge eine Delegation zur fünften parlamentarischen Konferenz der WTO entsenden, auch wenn er sich nicht an der IPU beteilige. Die Reform von IWF und Weltbank habe in der EU ebenfalls Priorität. Der IWF werde seine Struktur auf seiner Konferenz im September revidieren, doch wäre dem Europäischen Parlament auch an einer Revision der anderen Organisationen gelegen. Die Bedingtheit von IWF und Weltbank dürfe den Millenniums-Entwicklungszielen nicht entgegenstehen. Die Abschreibung multilateraler Schulden und das „Hyde-Schreiben“ seien positive Initiativen, doch stelle sich die Frage, ob die Mittel letztendlich aus den gegenwärtigen Beihilfemitteln gezahlt würden. Die US-Finanzhilfen hätten sich kürzlich verdoppelt, hatten jedoch auf einem sehr niedrigen Stand begonnen.

Die *Delegation des US-Kongress* war der Ansicht, dass die Beseitigung von Exportsubventionen das oberste Ziel im Agrarsektor sei. Bei anderen Themen seien die Vereinigten Staaten defensiv, insbesondere beim Antidumping. Traditionell seien die Vereinigten Staaten gegen eine Neuverhandlung des Antidumping, doch würden derzeit viele Vertragsparteien Antidumping "in der falschen Weise einsetzen". Die Vereinigten Staaten würden Anregungen der EU zur Antidumping-Reform sehr begrüßen.

Im Hinblick auf die Zukunft des TLD berichtete die europäische Delegation über die jüngsten Initiativen im Europäischen Parlament, die auf die Stärkung des Dialogs abzielten.

Angesichts zukünftiger TLD-Tätigkeiten einigten sich die beiden Vorsitzenden auf die Erklärung im Anhang dieses Berichts.

4. SITZUNG - 27. JUNI - 9.00–12.00 UHR

Die vierte Sitzung des TLD war dem spezifischen Thema der **Privatphäre und des Datenschutzes** gewidmet. Beide Delegationen waren sich einig, dass das Konzept eines spezifischen Dialogs unter Einbeziehung von Fachleuten weiter ausgebaut und verbessert werden sollte. Zur Delegation des Europäischen Parlaments gehörten drei Berichterstatter des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres, deren Teilnahme an der Delegation zu diesem spezifischen Zweck genehmigt worden war.

Die Diskussion wurde von der US-Datenschutzbeauftragten Nuala O'Connor Kelly eingeleitet, die über die US-Gesetzgebung zum Datenschutz berichtete, insbesondere das Gesetz über die Privatphäre von 1974 und das Gesetz über die Informationsfreiheit. Das Amt des Datenschutzbeauftragten (Chief Privacy Officer) sei vom Kongress geschaffen worden und entspreche in etwa einem Ombudsmann.

Generaldirektor Jonathan Faull betonte (per Videokonferenz), dass die Herausforderung für die EU und die Vereinigten Staaten in ihrer Zusammenarbeit läge, ungeachtet der unterschiedlichen Rechtssysteme. Ferner wies er darauf hin, dass im Hinblick auf die neuen US-Visavorschriften die Fälle der Nicht-Gegenseitigkeit mit den betreffenden Mitgliedstaaten untersucht werden würden. Bezüglich der Biometrie sei die EU dabei, neue Maßnahmen zu ihrer eigenen Sicherheit auf der Grundlage der besten modernen Technologien einzuführen. Die im September durchzuführende gemeinsame Überprüfung der Fluggastdatensätze (PNR) werde zeigen, ob das System korrekt funktioniere.

Der Europäische Datenschutzbeauftragte, Peter Hustinx, erläuterte einige Grundsätze der europäischen Gesetzgebung zum Recht auf Privatphäre, insbesondere die Kriterien zur Aufhebung dieses Rechts, wie sie vom Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften in seiner ersten Stellungnahme zur Auslegung des Datenschutzes in der EU definiert worden seien.

Mark Rotenberg (Electronic Privacy Information Center) beschrieb einige der neuen Risiken des Datenschutzes, die durch die neuen Technologien und die Verwendung biometrischer Daten entstanden seien, insbesondere den Aufbau von Datenbanken, in denen Personen ohne das Recht auf Wiedergutmachung „routinemäßig falsch identifiziert würden“.

David Davis (Choicepoint Enterprise) informierte über Authentifizierungs- und Identifizierungstechnologien, einschließlich DNA-Tests. Seiner Meinung nach bestehe Bedarf an „viel mehr Gesetzen“ zu diesem Thema.

Im anschließenden Gespräch diskutierten die Abgeordneten insbesondere über die folgenden Themen:

- Unterschiede in der Bewertung durch die Bürger auf den beiden Seiten des Atlantiks: Die Datenerfassung durch staatliche Behörden wird in den Vereinigten Staaten tendenziell positiv betrachtet, in Europa tendenziell negativ.
- Diskriminierung in der US-Visapolitik: Alle Mitgliedstaaten müssten gleich behandelt werden.

- Fluggastdatensätze (PNR): Das US-System habe die EU-Seite nicht davon überzeugen können, dass die Kriterien der Verhältnismäßigkeit und Effizienz respektiert würden. Hinsichtlich dieser Aspekte setze die für September vorgesehene gemeinsame Prüfung einen wichtigen Maßstab.
- Das Gesetz zum Schutz der Privatsphäre von 1974 gilt nur für US-Bürger und Personen mit rechtmäßigem Wohnsitz: Welche Garantien gibt es gegebenenfalls für ausländische Bürger? Wie könnte diese Situation verbessert werden?
- Nationaler Datenschutz und Gesetze der Bundesstaaten zum Schutz der Privatsphäre
- Neue Wege der Datenerfassung, insbesondere über das Internet, und die Erstellung komplexer Profile auf der Grundlage von Daten aus unterschiedlichen Quellen
- Datenerfassung durch private Unternehmen und ihre wirtschaftliche Ausnutzung; Auslagerung der Datenerfassung durch staatliche Behörden an private Unternehmen
- Identitätsdiebstahl, das Recht, über die Existenz von Datenbanken mit personenbezogenen Daten informiert zu werden, und das Recht auf Wiedergutmachung
- Bedarf an einer internationalen Übereinkunft, um einen allgemeinen und gleichen Schutz der Privatsphäre sicherzustellen
- Als allgemeiner Grundsatz müsse der Schutz für alle relevanten Daten gelten.

In ihren Schlussfolgerungen unterstrichen die Vorsitzenden den produktiven Charakter des Dialogs und betonten insbesondere, dass der TLD sich auch weiterhin auf legislative Themen von besonderer Wichtigkeit auf den beiden Seiten des Atlantiks konzentrieren solle.

Um 12.30 Uhr fand ein Abschlussmittagessen des TLD statt: Herr Stavros Lambrinidis, stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des Europäischen Parlaments, und das Mitglied des Repräsentantenhauses James F. Sensenbrennen Jr., Vorsitzender des Justizausschusses dieses Hauses, leiteten eine lebhaft Diskussions ein.

59. Treffen des Transatlantischen Dialogs der Gesetzgeber
Europäisches Parlament - Kongress der Vereinigten Staaten
Interparlamentarisches Treffen
Washington, 25.-27. Juni 2005

Erklärung der Vorsitzenden

Mitglieder des Europäischen Parlaments und des Abgeordnetenhauses der Vereinigten Staaten kamen vom 24. bis 27. Juni 2005 in Washington zum 59. Interparlamentarischen Treffen zusammen. Unsere Sitzungen waren von lebhaften, konstruktiven Diskussionen über eine breite Palette politischer und wirtschaftlicher Themen geprägt.

Die Teilnehmer sprachen über den jüngsten Gipfel der führenden Politiker der Europäischen Union und der Vereinigten Staaten. Mit Zufriedenheit nahmen sie das Interesse an ihrem Dialog zur Kenntnis, das sich in der Schlusserklärung des Gipfels über die Verbesserung der transatlantischen Wirtschaftsintegration und des transatlantischen Wirtschaftswachstums wiederfand. Wir begrüßen die Ermutigung durch die Regierung der Vereinigten Staaten und die Europäische Kommission, unseren Dialog auszubauen, und werden dies durch folgende Maßnahmen anstreben:

- weiterhin zwei Treffen jährlich mit ausführlichen Diskussionen über Fragen der Wirtschaftspolitik und Regulierung, davon mindestens eines in dem Land, das den Vorsitz des Rates der Europäischen Union innehat;
- Durchführung eines dieser Treffen kurz vor dem jährlichen Gipfel Vereinigte Staaten - Europäische Union;
- weiterhin Inkenntnissetzen der Kollegen in unseren jeweiligen Institutionen über die Ansichten unserer Dialogpartner;
- Vermittlung der Ansichten der Gesetzgeber bei den Gipfelteilnehmern mit Hilfe von Methoden, die mit der Regierung der Vereinigten Staaten und der Europäischen Kommission abzustimmen sind;
- Ausbau unserer Zusammenarbeit mit anderen Dialogen, die im Rahmen der Neuen transatlantischen Agenda eingerichtet wurden;
- angemessene Einbeziehung in das durch den Gipfel eingerichtete Forum der Zusammenarbeit im Bereich der Regulierung.

Ferner nahmen die Teilnehmer die kürzliche Schaffung des EU-Caucus (Gruppe) im Abgeordnetenhaus der Vereinigten Staaten zur Kenntnis und begrüßten sie.

Jonathan Evans, MdEP
Vorsitzender
Delegation des Europäischen Parlaments

Jo Ann Davis
Vorsitzender
Delegation der Vereinigten Staaten

EUROPÄISCHES PARLAMENT

DELEGATION FÜR DIE BEZIEHUNGEN ZU DEN VEREINIGTEN STAATEN

Transatlantischer Dialog der Gesetzgeber
59. Treffen der Delegationen
des Kongresses der Vereinigten Staaten und des Europäischen Parlaments
Washington DC, 24.-27. Juni 2005

Tagesordnung

1. Bewertung des Gipfels, der Transatlantischen Partnerschaft und des TLD
2. Demokratie, Sicherheit und Außenpolitik
 - 2.1 Irak
 - 2.2 Naher Osten
 - 2.3 Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen (Nordkorea, Iran)
 - 2.4 China (insbesondere: Waffenembargo)
 - 2.5 Reform der Vereinten Nationen
3. Themen aus den Bereichen Wirtschaft und Handel
 - 3.1 Wirtschaftliche Lage und Aussichten in den Vereinigten Staaten und der EU
 - 3.2 Vollendung des transatlantischen Marktes/des Marktes ohne Handelshemmnisse. Der Dialog im Bereich der Regulierung, einschließlich Themen aus dem Finanzbereich
 - 3.3 Bilaterale Themen aus den Bereichen Handel und Investitionen
 - 3.4 Multilaterale Themen, einschließlich der Doha-Runde
4. TLD-Workshop zu Privatsphäre und Datenschutz (vgl. separate Tagesordnung)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

DELEGATION FÜR DIE BEZIEHUNGEN ZU DEN VEREINIGTEN STAATEN

Transatlantischer Dialog der Abgeordneten 59. Interparlamentarisches Treffen EP/Kongress der Vereinigten Staaten 23.-28. Juni 2005 Washington DC

1.1. PROGRAMM

Donnerstag, 23. Juni

Individuelle Anreise nach Washington und Taxitransfer zum
Park Hyatt Hotel
24th at M Street, NW
Washington, D.C. 20037
Tel.: +1 (202) 789 1234
Fax: +1 (202) 419 6795

16.50 Uhr Spaziergang vom Hotel

17.00 Uhr Briefing bei der Delegation der Europäischen Kommission
Pressesaal, Erdgeschoss
2300 M St., NW
Washington, D.C. 2003
Tel.: +1 (202) 862 9500
Fax: +1 (202) 429 1766

Freitag, 24. Juni

8.00 Uhr MdEPs verlassen das Hotel zu Fuß zum

8.15-9.30 Uhr Arbeitsfrühstück, veranstaltet von Frau Arlette Conzernius, Botschafterin von Luxemburg, EU-Ratsvorsitz, mit den Botschaftern oder Gesandten der Botschaften der in der Delegation vertretenen Länder
Embassy of Luxembourg
2200 Massachusetts Avenue, NW
Washington, D.C. 20008
Ansprechpartnerin: Kathriana Cawley
Tel.: +1 (202) 265 8787
(Nur auf Einladung)

9.15 Uhr Der EP-Bus verlässt das Hotel mit den Personen, die nicht an dem Frühstück in der luxemburgischen Botschaft teilnehmen.

9.30 Uhr Der EP-Bus holt die MdEPs ab und fährt weiter zum US-Außenministerium.

9.45-12.30 Uhr Verschiedene Treffen im Außenministerium (Treffen mit dem stellvertretenden Außenminister Robert Zoellik von 10.30-11.15 Uhr bestätigt)
2300 C Street, NW, Diplomateneingang
Ansprechpartner: Tom Lersten, politischer Referent, Office of European Union & Regional Affairs
Tel.: +1 (202) 647-3913
Fax: +1 (202) 647-9959

Rückkehr zum Hotel mit EP-Bus

Mittagspause zur freien Verfügung

13.40 Uhr Abfahrt vom Hotel mit EP-Bus

14.00-15.00 Uhr Treffen mit der stellvertretenden US-Handelsbeauftragten Kathy Novelli
Widner Building, Raum 305
17th and G Streets, NW
Washington, D.C.
Ansprechpartnerin: Anita Thomas
Tel.: +1 (202) 395 4620

15.15 Uhr Spaziergang zum Eisenhower Executive Building
1600 Pennsylvania Avenue, NW

15.25 Uhr Sicherheitsüberprüfung zum Betreten des Gebäudes

15.30 Uhr Treffen mit:
Dr. Tracy McKibben
Sonderberaterin des Präsidenten
Nationaler Sicherheitsrat

16.45 Uhr Rückkehr zum Hotel mit EP-Bus

18.00 Uhr Abfahrt vom Hotel mit EP-Bus

(Geschäfts-/Abendkleidung)

18.30 Uhr Empfang zur Begrüßung der europäischen Delegation
Cocktails mit anschließendem

20.00 Uhr Abendessen, veranstaltet vom US-Kongress als offizieller Beginn des TLD/59. IPT
Oriental Mandarin Hotel
Hillwood Room, untere Hotelebene
1300 Maryland Avenue, SW
Washington, D.C. 20024
Tel.: +1 (202) 787 6133

Rückkehr zum Hotel mit EP-Bus

Samstag, 25. Juni

- 8.30 Uhr Abfahrt vom Hotel
- 9.00 Uhr 1. Arbeitssitzung des TLD
*Rayburn House Office Building
Independence Ave.,
Capitol Hill, Washington D.C.
Raum 2172 (Anhörungsraum des Ausschusses für internationale Beziehungen)
Ansprechpartner: Hillel Weinberg oder Laura Rush
Tel.: +1 (202) 256 2494 (HW) oder +1 (202) 225 5021 (LR)
Fax: +1 (202) 225 2035 (HW und LR)*
- 12.00 Uhr Mittagessen, veranstaltet vom US-Kongress - Gastredner: Herr John van Oudenaren, Library of Congress; Frau Karen Donfried, German Marshall Fund; Frau Kathryn Hauser, TABD (Transatlantischer Unternehmerdialog); Herr Ed Mierzwinski, TACD (Transatlantischer Verbraucherdiallog)
Foyer Rayburn
- 13.00-16.00 Uhr 2. Arbeitssitzung des TLD
*Rayburn House Office Building
Raum 2172*
- 16.15 Uhr Rückkehr zum Hotel mit EP-Bus
- 17.45 Uhr Abfahrt vom Hotel mit EP-Bus zum Rayburn Building
- 18.15 Uhr Treffen mit dem Kongress-Bus am Rayburn Building und direkte Weiterfahrt zum Robert-F.-Kennedy-Stadion
- 19.05-22.00 Uhr Baseballspiel der Washington Nationals. Auf der Tribüne sind besondere Plätze für das Spiel reserviert; das Abendessen wird in einem privaten Raum im Stadion bereitgestellt.
*RFK Stadium
2400 East Capitol St., SE
Washington, D.C. 20003*
- Rückkehr zum Hotel mit Kongress-Bus

Sonntag, 26. Juni

- 10.00 Uhr Abfahrt vom Hotel mit EP-Bus
- 10.30-14.00 Uhr 3. Arbeitssitzung des TLD (Erfrischungen erhältlich)
*Rayburn House Office Building
Raum 2172*
- 14.00 Uhr Abfahrt mit Kongress-Bus nach Mount Vernon, der Heimat des ersten Präsidenten der Vereinigten Staaten, George Washington
*3200 Mount Vernon Memorial Highway
Mount Vernon, VA 22121
Tel.: +1 (202) 703 799 8688
Ansprechpartnerin: Sue Keeler*
- 16.30 Uhr Abfahrt von Mount Vernon mit Kongress-Bus

- 17.00 Uhr Empfang mit anschließendem
- 18.30 Uhr Abendessen, veranstaltet vom US-Kongress
Fahrenheit Restaurant
Ritz Carlton Hotel-Georgetown
3100 South Street, NW
Washington, D.C. 20007
Tel.: +1 (202) 912 4172
Ansprechpartnerin: Allison Everhart

Rückkehr zum Hotel zu Fuß oder mit dem Taxi

Montag, 27. Juni

- 8.00 Uhr Abfahrt vom Hotel mit EP-Bus zum Capitol Hill
- 8.30-17.00 Uhr 4. Arbeitssitzung des TLD und Workshop unter gemeinsamer Schirmherrschaft vom Atlantikrat der Vereinigten Staaten und dem Europäischen Parlament in Zusammenarbeit mit dem Transatlantischen Dialog der Gesetzgeber, dem Europäisch-amerikanischen Unternehmerrat und dem European Policy Centre
Thema: Privatsphäre und Datenschutz: transatlantische Themen
Rayburn House Office Building
Raum 2172

Vormittagssitzung: offizielles TLD-Treffen - 4. Arbeitssitzung

- 8.30 Uhr Kaffee/Tee
- 9.00 Uhr **Begrüßung:** Abgeordnete Jo Ann Davis, Vorsitzende der US-Delegation, Transatlantischer Dialog der Gesetzgeber, und MdEP Jonathan Evans, Vorsitzender der EP-Delegation, Transatlantischer Dialog der Gesetzgeber
- 9.10 Uhr **1. Sitzung: Öffentliche Sicherheit und persönliche Daten: Vorgehensweisen der Vereinigten Staaten und der EU bezüglich Visa, biometrischen Pässen und Informationen über Flugpassagiere (PNR-APIS)**
- Diskussionsteilnehmer:**
Nuala O'Connor Kelly, Datenschutzbeauftragte, Ministerium für innere Sicherheit
Jonathan Faull, Generaldirektor, GD Justiz, Freiheit und Sicherheit, Europäische Kommission (per Videokonferenz)
- 9.30 Uhr Diskussion der TLD-Mitglieder, einschließlich Darlegungen von
- Peter Hustinx, Europäischer Datenschutzbeauftragter
- Mark Rotenberg, Leiter des Electronic Privacy Information Center
- David W. Davis, Corporate Secretary und Vize-Präsident, Regierungsangelegenheiten, 'ChoisePoint
- 12.15 Uhr Schlussworte: Jo Ann Davis, Mitglied des Repräsentantenhauses, und Jonathan Evans, MdEP

12.30 Uhr Ortswechsel: Raum B 369, Rayburn-Gebäude:

Mittagssitzung

Redner: Stavros Lambrinidis, MdEP, stellvertretender Vorsitzender, Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des Europäischen Parlaments; Mitglied des Repräsentantenhauses
F. James Sensenbrenner Jr., Vorsitzender, Justizausschuss des Abgeordnetenhauses

13.45 Uhr Ortswechsel: Raum 2172, Rayburn-Gebäude:

2. Sitzung: Transatlantische Zusammenarbeit im Bereich des Informationsaustauschs

Experten: Frances G. Burwell, Direktor, Programm für transatlantische Beziehungen, Atlantikrat der Vereinigten Staaten

Experten:

C. Stewart Verdery Jr., Vorstand, Mehlman Vogel Castagnetti, Inc.
Gilles De Kerchove, Rat der Europäischen Union
Telmo Baltazar, Rechtsberater, Justiz und Inneres, Delegation der Europäischen Kommission in den Vereinigten Staaten
Joseph Alhadeff, Datenschutzbeauftragter, Oracle (*geladener Gast*)

Sofortige Erwiderung durch TLD-Mitglieder, gefolgt von einer Diskussionsrunde

15.30 Uhr **3. Sitzung: Schutz der Privatsphäre: Der Weg nach vorne**

Diskussionsleiter: Stanley Crossick, Gründer, Zentrum für Europapolitik

Experten:

James X. Dempsey, Leiter des Center for Democracy and Technology, Mitvorsitzender, Markle Foundation Task Force
Ilias Chantzios, Manager für die Beziehungen zu den Regierungen Europas, des Nahen Ostens und Afrikas, Symantec
Jeffrey Rohlmeier, Associate Director, Office of Technology & E-Commerce, US-Handelsministerium, Internationale Handelsverwaltung

Sofortige Erwiderung durch TLD-Mitglieder, gefolgt von einer Diskussionsrunde

16.50 Uhr **Schlussworte:** Frances G. Burwell und Stanley Crossick

17.00 Uhr Empfang, veranstaltet von S.E. John Bruton, EU-Botschafter in den Vereinigten Staaten, zu Ehren der Abgeordneten des US-Kongresses und des Europäischen Parlaments
Capitol Hill

Rückkehr zum Hotel mit EP-Bus

Dienstag, 28. Juni 2005

- 8.00 Uhr Auschecken aus dem Hotel und Gepäckaufbewahrung im Hotel
- 8.30 Uhr Abfahrt mit EP-Bus zur SEC (Börsenaufsichtsbehörde)
- 9.00 Uhr Treffen mit Ethiopis Tafara, Office of International Affairs, US-Börsenaufsichtsbehörde; Elizabeth Jacobs, stellvertretende Direktorin; Shauna Steele, Staff Attorney, OIA; Stephanie Park, Staff Attorney, OIA; Sherman G. Boone, stellvertretender Direktor, OIA
*Office of International Affairs
U.S. Securities and Exchange Commission
450 5th St., NW
Washington, D.C. 20549
Ansprechpartner:
Stephanie Park, Raum 6107, Tel.: +1 (202) 202 551 6684
Sherman Boone, Tel.: +1 (202) 551 6686, Fax: +1 (202) 942 9524*
- 10.00 Uhr Abfahrt mit EP-Bus
- 10.30-11.00 Uhr Treffen mit Senator George Allen (republikanischer Senator aus Virginia), Vorsitzender des Unterausschusses für Europa
*Senate Foreign Relations Committee
Treffen in Raum 385, Russell Senate Office Building
Ansprechpartnerin: Anna Gallagher
Office of Interparliamentary Services
Office of the Secretary of the Senate
Tel.: +1 (202) 224 3047*
- 11.00-11.30 Uhr Treffen mit Senator Robert F. Bennett (republikanischer Senator aus Utah)
- 11.30 Uhr Rückkehr zum Hotel mit EP-Bus
- 14.00 Uhr Abfahrt vom Hotel mit EP-Bus zum Flughafen
- Nachmittags Individuelle Abreise nach Europa

EUROPÄISCHES PARLAMENT

DELEGATION FÜR DIE BEZIEHUNGEN ZU DEN VEREINIGTEN STAATEN

59. Interparlamentarisches Treffen EP/Kongress der Vereinigten Staaten 23.-28. Juni 2005 Washington DC

Liste der Teilnehmer (22 Personen)

Herr Jonathan EVANS, Vorsitzender	PPE-DE	Vereinigtes Königreich
Herr Benoît HAMON, 1. stellv. Vorsitzender	PSE	Frankreich
Herr James NICHOLSON	PPE-DE	Vereinigtes Königreich
Herr Enrique BARÓN CRESPO	PSE	Spanien
Herr Stavros LAMBRINIDIS	PSE	Griechenland
Frau Marie-Hélène DESCAMPS	PPE-DE	Frankreich
Herr James ELLES	PPE-DE	Vereinigtes Königreich
Herr Helmut KUHNE	PSE	Deutschland
Frau Kathy SINNOTT	IND/DEM	Irland
Herr Michael CASHMAN	PSE	Vereinigtes Königreich
Baroness Sarah LUDFORD	ALDE	Vereinigtes Königreich
Herr Paul RÜBIG	PPE-DE	Österreich
Frau Ana-Maria GOMES	PSE	Portugal
Frau Anneli JÄÄTTEENMÄKI	ALDE	Finnland
Herr Józef PINIOR	PSE	Polen
Herr Peter SKINNER	PSE	Vereinigtes Königreich
Herr Bogdan KLICH	PPE-DE	Polen
Frau Arlene MCCARTHY	PSE	Vereinigtes Königreich
Frau Sophia in 't VELD	ALDE	Niederlande
Herr Ignasi GUARDANS CAMBÓ	ALDE	Spanien
Alexander Graf LAMBSDORFF	ALDE	Deutschland
Frau Kathalijne Maria BUITENWEG	Verts/ALE	Niederlande

PPE-DE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) und europäischer Demokraten
PSE	Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
Verts/ALE	Fraktion der Grünen / Freie Europäische Allianz
IND/DEM	Fraktion Unabhängigkeit/Demokratie

EUROPÄISCHES PARLAMENT

DELEGATION FÜR DIE BEZIEHUNGEN ZU DEN VEREINIGTEN STAATEN

59. Interparlamentarisches Treffen EP/Kongress der Vereinigten Staaten 23.-28. Juni 2005 Washington DC

Liste der Mitarbeiter (15 Personen)

Sekretariat, GD II und GD III (7 Personen)

Herr Emilio DE CAPITANI	Referatsleiter, Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
Herr Jonas CONDOMINES	Referatsleiter, Ausschuss für internationalen Handel
Herr Carlo CHICCO	Hauptverwaltungsrat, Delegationen - Nichteuropäische Länder
Frau Katrin HUBER	Verwaltungsrätin, Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
Frau Bettina AGATHONOS-MÄHR	Verwaltungsrätin, Ausschuss für Wirtschaft und Währung
Frau Claudia SCHWENDENWEIN	Verwaltungsassistentin, Delegationen - Nichteuropäische Länder
Frau Helena MARITS	Sekretärin, Delegationen - Nichteuropäische Länder

Fraktionen (3 Personen)

Herr Werner KRÖGEL	Berater, PPE-DE
Herr Derek REED	Berater, PSE
Herr Roger CHADWICK	Berater, ELDR

Dolmetscher (4 Personen) (Italienisch und Spanisch pass.)

Herr Serge LEVENHECK	Französische Kabine, Teamleiter
Herr Gérard HENDRICKX	Französische Kabine
Herr Alasdair THOMSON	Englische Kabine
Herr Alan RODGER	Englische Kabine

Delegation der Europäischen Kommission in Washington DC (1 Person)

Herr Robert WHITEMAN	Verbindungsbeamter Kongress-Parlament
----------------------	---------------------------------------

EUROPÄISCHES PARLAMENT

DELEGATION FÜR DIE BEZIEHUNGEN ZU DEN VEREINIGTEN STAATEN

**59. Interparlamentarisches Treffen EP/Kongress der Vereinigten Staaten
23.-28. Juni 2005
Washington DC**

TEILNEHMERLISTE - KONGRESS DER VEREINIGTEN STAATEN (8 Personen)

**Frau Jo Ann Davis (republikanische Abgeordnete für Virginia), Vorsitzende der
US-Delegation im Transatlantischen Dialog der Gesetzgeber**

**Herr Eliot Engel (demokratischer Abgeordneter für New York), stellv. Vorsitzender der
US-Delegation im Transatlantischen Dialog der Gesetzgeber**

Herr Alcee L. Hastings (demokratischer Abgeordneter für Florida)

Herr Phil English (republikanischer Abgeordneter für Pennsylvania)

Herr Randy Forbes (republikanischer Abgeordneter für Virginia)

Herr Don Manzullo (republikanischer Abgeordneter für Illinois)

Herr Thaddeus G. McCotter (republikanischer Abgeordneter für Michigan)

Herr Brad Sherman (demokratischer Abgeordneter für Kalifornien)